



Landrat zu Rotter Gemeinderats-Entscheidung

Beitrag

„Die Chance auf eine gemeinschaftliche Einigung wurde vertan“ – Nach der jüngsten Sitzung des Gemeinderats von Rott am Inn zur geplanten Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete äußert sich Landrat Otto Lederer zum Ergebnis der Abstimmung: „Ich bedauere ausdrücklich, dass sich der Rotter Gemeinderat in seiner gestrigen Sitzung mehrheitlich gegen einen gemeindlichen Alternativvorschlag ausgesprochen hat. Inmitten der aufgeheizten Diskussion um eine geplante Ankunftseinrichtung wurde damit eine Chance verpasst, die Wogen in Rott zu glätten.“

Die Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete im Landkreis sind nach wie vor zu gering. Deshalb muss das staatliche Landratsamt Rosenheim weiter auf zwei Turnhallen in Bruckmühl und Raubling zurückgreifen. Die Entlastung dieser Turnhallen war der Grund für die Anmietung der Gewerbehalle in Rott am Inn. Tatsächlich kann weder die Unterbringung in Turnhallen noch in einer Gewerbehalle von Dauer sein. Aufgrund des größeren Platzangebots wäre aus Sicht des Landratsamtes die Unterbringung in der Gewerbehalle – im Vergleich zu den Turnhallen – dennoch eine Verbesserung für die geflüchteten Menschen. „Nichtsdestotrotz hat das Landratsamt die heftige Kritik der Gemeinde und der Bürgerinitiative angenommen und von Anfang an die Bereitschaft signalisiert, alternative Grundstücksangebote zu prüfen“, so Landrat Lederer. „Auch hätten wir uns im Zuge einer außergerichtlichen Einigung bereit erklärt, die Maximalbelegung zu halbieren und auf einem Alternativgrundstück maximal 250 Personen unterzubringen.“

Um mögliche Engpässe sowohl bei der Wasserversorgung als auch der Abwasserentsorgung zu überbrücken, hat das Landratsamt angeboten, falls nötig, eine Übergangslösung zu schaffen und zu betreiben. Bezüglich der von der Bürgerinitiative behaupteten Quecksilberbelastung der Gewerbehalle steht die Behörde mit dem Eigentümer und dem Vorbesitzer der Halle bereits in Kontakt und es werden sicherheitshalber Schadstoffuntersuchungen in Auftrag gegeben. Es ist selbstredend, dass bei einer nachgewiesenen Quecksilberbelastung keine Belegung der Halle stattfinden wird. „Durch die Ablehnung der Alternativlösung durch den Gemeinderat, wurde eine außergerichtliche Einigung verhindert. Das Gremium hat in der gestrigen Sitzung von maximal 100 Geflüchteten gesprochen, die in Rott anstelle einer Ankunftseinrichtung dauerhaft untergebracht werden können. Dies reicht leider nicht, um unser erklärtes Ziel zu erreichen, nämlich die Turnhallen – und damit Schüler, Eltern, Lehrer

und Sportvereine – zu entlasten. Deshalb müssen wir nun unseren ursprünglichen Plan weiterverfolgen und die Gewerbehalle in Rott für die Erstaufnahme von Geflüchteten als Ersatz für die Schulturnhallen nutzen“, so Landrat Lederer abschließend.

Bericht: LRA Rosenheim – Archiv-Foto: Andrea Major



Bayerisches Staatsministerium für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus



Kategorie

1. Ukraine- & Nothilfe

Schlagworte

1. Bayern
2. Flüchtlingsunterkunft
3. München-Oberbayern
4. Rosenheim
5. Rott am Inn